

Zusammenfassung der Motion

Mit seiner am 15. Dezember 2005 eingereichten und begründeten Motion (TGR S. 1871 und 1872) ersucht Grossrat Marc Gobet um eine Änderung von Artikel 21 Abs. 3 des Freiburger Gesetzes über die Familienzulagen. Nach dieser Bestimmung dauert namentlich bei Unfall der anspruchsberechtigten Person der Anspruch auf die Familienzulagen höchstens noch 12 Monate an.

Nach Aussage des Motionärs berücksichtigen auch die Taggelder, die bei Berufsunfall oder Nicht-Berufsunfall ab dem 3. Tag von der SUVA ausgerichtet werden, die Familienzulagen, denn diese sind nach Artikel 22 Abs. 2 Bst. b UVV integrierender Bestandteil des versicherten Lohns.

Nachdem nun während der gesamten durch Unfall verursachten Arbeitsunfähigkeit auch die zuständige Ausgleichskasse während maximal 12 Monaten die Familienzulagen ausrichten muss, werden diese Leistungen doppelt bezahlt.

Um diese doppelte Ausrichtung von Familienzulagen zu vermeiden, beantragt der Motionär eine Änderung der Freiburger Gesetzgebung.

Antwort des Staatsrats

1. Rechtliche Erwägungen

Die von Grossrat Marc Gobet in seiner Motion dargestellte Situation entspricht den einschlägigen eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen. Es sei präzisiert, dass der Artikel 22 Abs. 2 Bst. b UVV - " Familienzulagen, die als Kinder-, Ausbildungs- oder Haushaltszulagen im orts- oder branchenüblichen Rahmen gewährt werden, gelten ebenfalls als versicherter Verdienst " – nicht nur von der SUVA, sondern auch von allen anderen Versicherern angewendet werden muss, die an der Führung der obligatorischen Unfallversicherung beteiligt sind.

Was die Verlängerung des Anspruchs auf die Familienzulagen während maximal 12 Monaten angeht, entsprechend Artikel 21 Abs. 3 des kantonalen Gesetzes vom 26. September über die Familienzulagen (FZG), so gilt sie auch bei Krankheit, Schwangerschaft und Arbeitslosigkeit der anspruchsberechtigten Person. Ausserdem gilt für diese Regel der Anspruchsverlängerung die folgende Einschränkung : ", sofern keine Kinderrenten der AHV/IV oder gleichartige Leistungen nach anderen Gesetzen ausgerichtet werden."

Die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts des Kantons Freiburg hat jedoch die Tragweite dieser einschränkenden Bestimmung erheblich eingeengt. In mehreren Entscheiden kam dieses Gericht zur Auffassung, dieses Verbot der Leistungskumulierung beziehe sich nur auf Leistungen, die nach den kantonalen, eidgenössischen oder allenfalls ausländischen Familienzulagen-Regelungen vorgesehen sind.

Nach Auffassung des Verwaltungsgerichts werden die Taggelder der obligatorischen Unfallversicherung aufgrund eines Bundesgesetzes (UVG) ausgerichtet, das nicht im

eigentlichen Sinn in den Geltungsbereich einer Familienzulagen-Regelung gehört. Demzufolge kann das Verbot der Leistungskumulierung nach Artikel 21 Abs. 3 FZG nicht auf diese Taggelder angewandt werden.

2. Praktische Erwägungen

Nach den Bestimmungen des UVG (Art. 17) beträgt das Taggeld der SUVA und anderer zugelassener Versicherer 80% des versicherten Verdienstes, dessen Höchstgrenze heute auf monatlich 8900 Franken oder jährlich 106 800 Franken festgesetzt ist. Somit muss schon ein besonderer Fall eintreffen, damit bei Unfall und wegen der vom Motionär beschriebenen "doppelten Ausrichtung" der Familienzulagen eine Entschädigung erfolgt wird, die insgesamt den versicherten Lohn übersteigt. Ein solcher Fall tritt ein, wenn der Lohn niedrig ist und die Zahl der Kinder, die Anspruch auf Familienzulagen geben, deutlich über dem Durchschnitt liegt.

So zum Beispiel beträgt bei einem Brutto-Monatslohn von 4400 Franken (einschliesslich des Anteils vom 13. Gehalt), mit 1 Kind, das Anspruch auf die Kinderzulage gibt (220 Fr.) und 2 Kindern mit Anspruch auf die Ausbildungszulage (im vorliegenden Fall 280 und 300 Fr.) die monatliche Entschädigung insgesamt :

	<u>Fr.</u>
- versicherter Verdienst UVG LAA (4400 Fr. + 800 Fr. Zulagen)	5'200
- Taggelder UVG (80 % von 5200 Fr.)	4'160
- Ausrichtung der Familienzulagen durch die Ausgleichskasse	800
- monatliche Entschädigung insgesamt (4160 Fr. + 800 Fr.)	<u>4'960</u>

Da der Betrag von 4960 Franken unter dem versicherten Verdienst von 5200 Franken liegt, liegt rechtlich gesprochen in diesem Fall keine Überentschädigung vor. In Wirklichkeit ist die Gefahr einer Überentschädigung umso geringer, je höher der Lohn ist, und sie betrifft nur eine relativ geringe Anzahl von Situationen. Da es in solchen eher seltenen Situationen um Familien oder Personen mit bescheidenen Mitteln und vielen unterhaltsberechtigten Kindern geht, ist der vom Motionär angesprochene Sachverhalt zudem aus sozialer Sicht nicht wirklich stossend.

3. Situation in den anderen Kantonen

In allen Schweizer Kantonen entsteht und erlischt der Anspruch auf die Arbeitnehmer-Familienzulagen grundsätzlich mit dem Gehaltsanspruch. Bei Unfällen hingegen sind die Regeln sehr unterschiedlich. Zahlreiche kantonale Gesetze schreiben vor, dass der Anspruch auf die Leistungen während einer bestimmten Zeitspanne weiter besteht. Diese Zeitspanne variiert jedoch von 1 Monat (ZH, NW, ZG und GR) bis zu 720 Tagen (GE). Andere kantonale Gesetze wiederum (AI, TI, VS, NE und JU) garantieren nur die Zahlung des Zulagenteils, der nicht durch die Taggelder der obligatorischen Unfallversicherung gedeckt wird.

4. Neues Bundesgesetz über die Familienzulagen

Am 24. März 2006 hat das Bundesparlament einen Gesetzesentwurf über die Familienzulagen verabschiedet. Im Wesentlichen handelt es sich um ein Gesetz zur Harmonisierung der verschiedenen kantonalen Familienzulagen-Regelungen und zum Teil auch der geltenden eidgenössischen Regelung in der Landwirtschaft (FLG).

Nach Artikel 13 Abs. 1, 4. Satz, des neuen Bundesgesetzes regelt der Bundesrat den Anspruch nach dem Erlöschen des Lohnanspruchs. Nach Abs. 4 Bst. a dieses Artikels regelt der Bundesrat ausserdem den Anspruch auf Familienzulagen und die Koordination mit anderen Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit und Arbeitsverhinderung. Demzufolge wird beim Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes die Ausführungsverordnung des Bundesrats auf Schweizer Ebene die verschiedenen Praktiken vereinheitlichen, die heute in den Kantonen bestehen, wo es um den Anspruch auf die Familienzulagen in besonderen Situationen geht, so auch bei Unfall der anspruchsberechtigten Person.

In Anbetracht dieser Ausführungen und vor allem des neuen Bundesgesetzes vom 24. März 2006 über die Familienzulagen beantragt Ihnen der Staatsrat die Abweisung dieser Motion.

Ein Referendum ist jedoch gegen dieses Gesetz ergriffen worden. Falls das Referendum an sein Ziel gelangt und das Gesetz vom Schweizer Volk abgelehnt wird, verpflichtet sich der Staatsrat, die Situation erneut zu prüfen.

Freiburg, den 2. Mai 2006